

**Freie Vereinigung zum Studium des deutschen Kommunismus. E. V.
Sitz Hamburg.**

Alle Zuschriften sind zu richten an den Vorsitzenden: Dr. Heinrich Laufenberg,
Altrahlftebt bei Hamburg, oder an den Schriftföhrer: Fritz Wolffsheim, Hamburg, Saffel-
brookstraße 18, I. Etg.

Bund der Kommunisten, Hamburg.

Zusammenkunft an jedem ersten Montag des Monats bei Planeth,
Michaelisstraße.

An die Abonnenten des „Volkswart“!

Mit dieser Ausgabe erscheint der „Volkswart“ im Verlage: Hamburger Kulturverlag, Hamburg 80.
Wir bitten deshalb alle Besteller, die Abonnementsgeböhre von M. 6.— für das kommende Quartal
direkt an den Verlag zu senden, Abonnements durch die Post kommen vorläufig nicht in Frage.

Die Verbindung mit dem bisherigen Verleger A. Heil ist aufgegeben worden, um den Abonnenten
den regelmäßigen Bezug des Blattes zu gewährleisten.

Alle für die Redaktion des „Volkswart“ bestimmten Sendungen wolle man an die folgende Adresse
richten: Dr. H. Laufenberg, Altrahlftebt bei Hamburg.

Redaktion und Verlag des „Volkswart“.

Verantwortlicher Schriftföhler: Dr. Heinr. Laufenberg, Altrahlftebt.

Verlag: Hamburger Kulturverlag, Hamburg 80.

Druck: Heinr. Rock, Altrahlftebt.

Der Volkswart

Parteilose Halbmonatschrift für klassenlosen Aufbau und
revolutionäre Außenpolitik

Erster Jahrgang

Nr. 6 vom 30. Oktober

1921

Inhalt:

Oberschlesien eine deutsche Lebensfrage.

Kaiser Karls Heerfahrt.

Kapp, Winnig, Ludendorff — die Anstifter des
Kapp-Putsches.

Der Herr Senator.

Bei wem lag im November 1918 die Entscheidung.

Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Erscheint am 15. und letzten eines jeden Monats.

Bezugspreis: Vierteljährlich Mk. 6.—. Bei betriebsweisem
Bezug ab 5 Exemplaren Mark 5.— pro Exemplar vierteljährlich.

Preis dieser Nummer: Mk. 1.—.

Oberschlesien eine deutsche Lebensfrage.

L. u. W. Der famose Völkerbund, der am grünen Tisch die Zerstückung Oberschlesiens spielend glauben vollbringen zu können, hat sehr rasch begreifen lernen, daß man in der Zeit kompliziertester Weltwirtschaftszusammenhänge Länder und Völker doch nicht mehr nach Einfall und Laune auseinander reißen kann. Er hat es deshalb für gut befunden, die Verkündung seines Spruches zunächst einmal hinauszuschieben, so daß bis zur Stunde, wo diese Zeilen geschrieben werden, — bis zum 19. Okt. — noch nicht ersichtlich ist, wann und wie er seine geplante Bergewaltigung der Bevölkerung Oberschlesiens durchzuführen gedenkt. Die Weltfinanz als aufmerksamster Beobachter aller politischen und wirtschaftlichen Symptome hat schon auf die bloße Ankündigung der Zerstückung Oberschlesiens in Formen reagiert, die den geschäftstüchtigen Herrschäften des Völkerbundes zu denken geben müßten. Die deutsche Mark sank erneut um ein volles Drittel ihres schon vorher lächerlich geringen Wertes, ein verschärftes deutsches „Dumping“ erhob sich vor den Augen der britischen „Captains of Industry“, der deutsche Ausverkauf nahm Formen an, die alle Warenhausbesitzer der Entente ob der Verkäuflichkeit der eigenen Bestände in die ärgste Beklemmung versetzte, und was das bedeutungsvollste bei der ganzen Geschichte war: der französische Frank stürzte fast ebenso jäh wie die deutsche Mark, ein Zeichen, daß die Weltfinanz die französische Wirtschaft nicht für tragfähig genug hält, um den Komplikationen mit militärischer Gewalt trogen zu können, die sich früher oder später aus dem gegen Oberschlesien geführten Schurkenstreiche ergeben müssen. Der polnische Kettenhund, ob dieser Ergebnisse seines diplomatischen „Sieges“ zu Tode erschrocken, begann sogleich, deutsche Reichsbehörden freundlich anzuredeln und versteigt sich sogar dazu, um „friedliche Vereinbarung“ zu bitten. Die Weltentwicklung ist offenbar auf dem Punkte angelangt, wo die inneren Widersprüche in der Politik der „Sieger“ anfangen, ihr eigenes Gebäude auseinanderzusprengen.

Deutschland hatte den Krieg mit militärischen Mitteln im Osten voll gewonnen trotz bedeutender Unterlegenheit in der Zahl, nicht nur auf Grund höherer Waffentechnik, die auf der Gegenseite durch amerikanische Waffenlieferungen ausgeglichen werden konnte, sondern vornehmlich auf Grund seiner höheren Gesamtkultur. Diese Tatsache wird sich in der Weltpolitik der Zukunft voll auswirken, und sie beginnt schon

heute Konsequenzen zu zeitigen in Oberschlesien. Sehr gegen die Erwartung des Völkerbundes hat trotz stärkstem polnischem Terror eine erhebliche Majorität für das Verbleiben Oberschlesiens im deutschen Kulturverbände gestimmt, und es steht fest, daß unter den für Deutschland votierenden Personen sich zahlreiche Polen befanden. Als der zweite Korfanty-Aufstand losbrach, erhoben sich in den bedrohten Gebieten spontan Ortswehren, die sich aus Männern aller Gruppen und Schichten im Volk zusammensetzten, und innerhalb deren zahlreiche polnische Arbeiter Schutler an Schutler mit den Deutschen kämpften. Sobald der Kampf ernsthaft aufgenommen wurde, flogen innerhalb dreier Tage die polnischen Kampfscharen aus den unkämpften Gebieten hinaus. Als das Ergebnis der Völkerbundsenkung bekannt wurde, verlangten in dem den Polen zugeteilten Industriegebiete sogar die Mitgliedschaften der sozialdemokratischen Partei, daß aus Protest gegen den Gewaltakt die sogenannte deutsche Reichsregierung sofort zurücktrete, während in allen Organisationen und Gruppen der Arbeiterbewegung für den Generalstreik im Falle des Einmarsches der Polen agitiert wurde.

Daß Oberschlesien dem Willen seiner Bevölkerung gemäß bei Deutschland zu verbleiben hat, ist somit klar genug erwiesen. Daß die Verhinderung des Einmarsches der Polen oder gegebenenfalls ihr schleunigster Hinauswurf nach erfolgtem Einmarsch eine gemeinsame deutsche Lebensnotwendigkeit ist, ergibt sich aus folgenden Erwägungen: Ohne die obereschlesische Kohle ist das konsolidierteste Industrieland der Welt nicht mehr imstande, seinen eigenen Kohlendbedarf im Lande selbst zu decken. Ein Anschluß Deutsch-Oesterreichs an das Reich wäre damit grundsätzlich unmöglich gemacht, Tyrol und Steiermark würden an Bayern herangebracht, wodurch sich dort die separatistischen Strömungen verstärken würden. In der bayrischen Politik ringen heute zwei Strömungen gegeneinander. Abgesehen von dem demokratisch-sozialdemokratischen Sumpf, der einer ernsthaften politischen Orientierung überhaupt nicht fähig ist, steht eine starke nationale Gruppe, gestützt auf national-sozialistische Arbeiter und Studenten und einen großen Teil der Bauern geschlossen zur großdeutschen Politik. Eine andere Gruppe aber verfolgt bayrisch-dynastisch-separatistische Sonderinteressen und arbeitet dem französischen Wunsche auf Schaffung einer Donauföderation in die Hände. Der

Anschluß Steiermarks und Tyrols an Bayern, ohne daß zugleich für Deutschland die großdeutsche Volks- und Wirtschaftsorganisation Platz griffe, würde mit absoluter Notwendigkeit zum Bündnis mit Frankreich und Ungarn führen, um zwangsweise Deutsch-Oesterreich und wahrscheinlich auch die Tschechoslowakei dem bayrisch-ungarischen Staatenbunde einzugliedern. Ob der Habsburger Karl oder ein Wittelsbacher an die oberste Spitze dieses zu schaffenden Gesamtreiches trete, ist für die deutsche Politik ohne Belang. Die Bildung dieser Donauföderation würde in Deutschland den sofortigen Ausbruch des Bürgerkrieges, einmal als Kampf des Nordens gegen den Süden, sodann als Kampf bewaffneter Parteien in den einzelnen Gauen widerinander zur Folge haben, und damit jene Situation herbeiführen, deren England bedürfte, um nurmehr seinen entscheidenden Einfluß im deutschen Norden sicher zu stellen.

So laufen in der Oberschlesischen Frage alle Kreuzungen der deutschen und der Weltpolitik zusammen, und so bleibt die Zugehörigkeit Oberschlesiens für Deutschland die entscheidende

Lebensfrage. Darüber hinaus sei völkerebeglückenden Menschheitschwärmern gesagt, daß die Gesamtkultur der Welt gebietet, daß Oberschlesien beim deutschen Volks- und Wirtschaftskörper verbleibt. Dann selbst, wenn die berühmte demokratische Mehrheit nicht für Deutschland, sondern für Polen entschieden hätte, selbst dann bliebe Oberschlesien, was es ist: altes deutsches Kulturgebiet. Während Polen nicht einmal in der Lage ist, innerhalb seiner heutigen Grenzen eine eigene Industrie ins Leben zu rufen, wird in Oberschlesien jede Qualitätsarbeit von Deutschen verrichtet, die dort auf ihrem Tätigkeitsgebiet weder entbehrt noch ersetzt werden können. Da die polnische ungelernete Arbeit dagegen jederzeit zu ersetzen ist, dürfte es gerade den „Marxisten“ klar sein, daß sozialökonomische Bedingungen Oberschlesiens unauslöschlich mit dem deutschen Produktionsgebiet verknüpft haben.

Jeder Zustand in Oberschlesien, der sich gegen die polnische Bergewaltigung richtet, er komme von welcher Seite er mag, muß deshalb von der deutschen Arbeiterklasse volle Unterstützung finden, weil sein Sieg gleichbedeutend ist mit dem Sieg der deutschen Revolution.

Kaiser Karls Heerfahrt.

L. u. W. Der zweite wohlvorbereitete Putzsch des Kaisers Karl von Habsburg und der ihm angetrauten bourbonischen Prinzessin ist ein Glied in der Kette einer zielbewußten französischen Kontinentalpolitik, die auf die endgültige Zerstückung Deutschlands durch Schaffung der Donauföderation und eines neuen Rheinbundes gerichtet ist. Schon die ersten Schritte des Mannes, der mit kinohafter Pose Napoleons Rückkehr von Elba zu kopieren suchte, beweisen, daß eine ungarische Organisation in Land und Heer im Einklang mit Frankreich die erforderlichen Vorkehrungen getroffen hatte. Wenn der Putzsch nicht sofort den erwünschten monarchistischen Widerhall im Lande auslöste, so deshalb, weil seine Initiatoren es nicht verstanden hatten, die öffentliche Meinung entsprechend zu beeinflussen, und weil das unerwartet rasche Ultimatum der Tschechoslowakei den Diktator Horthy zwang, eine andere Rolle zu spielen, als es dem Programm entsprach. So kam es, daß die ungarische Regierung zwar pomphafte Anfangserfolge des Kaisers Karl in alle Welt hinausposaunte, daß sie aber dennoch Karl nicht als

held und Triumphator in Budapest einziehen lassen durfte.

Es entwickelte sich vor den Toren Budapests die Operetten Schlacht, in der Karls Truppen auseinanderliefen, worauf er von einem Oberst der Regierung mit allen königlichen Ehren in ein königliches Schloß placiert wurde. Das bisherige Ergebnis also ist folgendes: Karl befindet sich in Ungarn; Ungarn ist verfassungsgemäß ein Königreich; die Regierung des Herrn Horthy steht auf dem Standpunkt, daß Karl zwar zur Zeit sein Amt nicht antreten könne, daß er aber der rechtmäßige Inhaber der Stephanskrone sei.

Inzwischen mobilisiert Horthy als Militärdiktator „im Interesse der Sicherheit des Landes“ die gesamte Wehrmacht. Sein Vorgehen gegen das zu Oesterreich gehörige Burgenland beweist, daß er ein Mittel französischer Politik ist genau wie Karl. Wenn aber beide in ihrer auswärtigen Politik Instrumente der französischen Politik sind, kann zwischen ihnen kein grundsätzlicher Gegensatz bestehen. Die französische Politik ist zu zäh und entschlossen und

arbeitet zu zielficher, um sich mit dem ersten Anfangserfolge des Karlismus begnügen zu können. In dieser oder jener Form droht der Angriff auf Deutsch-Oesterreich, den die heute dort Regierung spielenden Parteienkämpfer völlig unfähig sind, abzuwehren. Ihre Verjagung ist die erste Voraussetzung für die Organisation der

Landesverteidigung in Deutsch-Oesterreich, wie die Verjagung ihrer Bettern an Spree und Elbe die einzige Voraussetzung ist für den Anschluß Deutsch-Oesterreichs mit Steiermark und Tyrol an das übrige Deutschland und eines vollzogenen Anschlusses nach außen.

Kapp, Winnig, Ludendorff — die Anstifter des Kapp-Zuges.

Vor dem Reichsgericht in Leipzig entwickelt sich eine republikanische Justizkomödie. Etlliche Offiziere und Schriftsteller, die in den Unternehmen Kapps eine mehr oder minder untergeordnete Rolle spielten, sollen dem Zorn der Götter der Demokratie geopfert werden. Daß unter ihnen gerade Ehrhardt ist, der mit seiner Marinebrigade in Berlin einrückte und kampfslos die edlen Helden der sozialdemokratischen Regierung in die Flucht schlug, ändert keinen Deut daran, daß dieser Kapitänleutnant von der politischen Fragweite, von den politischen Gesamtzusammenhängen ungefähr so viel wußte, wie jeder beliebige andere Offizier, der sich den geheimnisvollen Drahtziehern zur Verfügung gestellt hatte, während er zu dem General von Lüttwitz sich im militärischen Subordinationsverhältnis befand. Und wenn schon der Oberst Bauer in dem Prozeß vor dem Reichsgericht die Bank der Angeklagten zieren soll, dann liegt wohl die Frage sehr nahe, weshalb wohl der General Ludendorff sich unabgesprochen der unbefchränktesten Freiheit erfreut.

Der Generallandschaftsdirektor a. D. Kapp ist ausgeriffen, sehr zur Befriedigung der sozialdemokratischen Bonzenschaft, die ihn so wenig wie Ludendorff zu verhaften wagen würde, wenn er in Deutschland geblieben wäre. Sie kann die Herren nicht festsetzen, weil sie dann auch vorgehen müßte gegen ihren Komplizen, den früheren sozialdemokratischen Oberpräsidenten von Ostpreußen, Herrn August Winnig, der stillvergnügt die Pension verzehrt, die ihm das dankbare Volk durch seine sozialdemokratischen Regierer für seine Verdienste um die Republik bewilligt hat. August Winnig ist immun, denn jedes Einschreiten gegen ihn würde die ganze Bande um den sozialdemokratischen Oberpräsidenten von Hannover, Herrn Gustav Noske, gefährden, mit dem Herr Winnig in

holder Gemeinschaft die deutsche Revolution niederschlug, so weit dies in ihren Kräften und in dem Willen der Generale Lüttwitz und Estorf lag. Wenn wir im folgenden dem Reichsgericht das Material zur Verfügung stellen, dessen es trotz des gewaltigen ihm dienenden Apparates nicht habhaft werden konnte, so mag die Notwendigkeit der Entlarvung sozialdemokratischer Regierungspraxis entschuldigen, daß wir genötigt sind, ein wenig weiter auszuholen.

Die Revolution schuf bekanntlich in der Armee Soldatenräte. Auf sie und die Arbeiterräte im Lande gestützt, wäre es möglich gewesen, die revolutionäre Landesverteidigung zu organisieren und zum mindesten zu verhindern, daß sich im Osten ententistische Pufferstaaten zwischen Deutschland und Rußland bildeten, die heute die stärkste Stütze des Völkerbundes im Rücken Deutschlands sind. Um jede revolutionäre Organisation der Landesverteidigung von vorn herein unmöglich zu machen, um die Gewalt des Völkerbundes in vollem Umfang über Deutschland aufzurichten, kehrte die Sozialdemokratie vom Tage der Revolution an die Spitze ihrer Politik gegen die Räte in Land und Meer. Die notwendige Folge dieser Politik war die gewaltsame Niederschlagung aller Truppenteile, die sich der Revolution zur Verfügung gestellt hatten. Die Niederwerfung der Volksmarinebrigade in Berlin durch Noske, Ernst und Lüttwitz findet ihr Gegenstück in dem blutigen Vorgehen August Winnigs gegen die Matrosen und den Soldatenrat in Königsberg.

Herr August Winnig, in seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit unabkömmlich, so lange es sich um militärischen Kriegsdienst handelte, gab seine Unabkömmlichkeit preis, als sich ihm gegen

Ende des Krieges die Gelegenheit bot, Reichskommissar für den Osten zu werden. Als solcher ist er persönlich verantwortlich für die Preisgabe des gesamten im Osten besetzten Gebietes. Während es in der Linie einer revolutionären Politik lag, die territoriale Selbstverwaltung der Bevölkerung aufzurichten, wurde die Preisgabe aller besetzten Gebiete an die Entente das Resultat des Waltens Herrn August Winnigs. Und während er die Aufrichtung eines imperialistischen Polen unterstützte, bildete er gegen dieses Polen den Grenzschutz Ost, der den Mannschaften gegenüber zugleich als Schutzwall gegen mögliche russische Vorstöße ausgegeben wurde, dessen eigentliche Aufgabe aber die Niederwerfung der deutschen Revolution war, eine Aufgabe, der er rasch zugeführt wurde.

Als er auf dem Rückzug der deutschen Truppen von Riga in Königsberg eingetroffen war, quartierte sich Herr August Winnig sogleich im Kaiserhof ein, wo ihn jedoch die dort garnisonierende Marinemannschaft arg genierte, da er die Ueberwachung seiner Schritte mit Recht zu scheuen hatte. Vielgewandt und skrupellos wie er von jeher war, trat er in ein freundliches Verhältnis zu dem als polenfreundlich verdächtigen damaligen Oberpräsidenten von Ostpreußen, Herrn Batacki, sowie zu dem General von Estorf, dem Kommandeur des alten ostpreussischen Armeekorps. Eine „Verleumdung“, die diesem General durch Angehörige der in Königsberg garnisonierenden Truppen dadurch zugefügt sein sollte, daß er zum Ablegen seines Offiziers-Seitengewehres gezwungen wurde, nahm Herr August Winnig zu dem erwünschten Vorwand, um, gestützt auf dem Grenzschutz Ost, gegen die Soldatenräte in Königsberg mit Waffengewalt einzuschreiten. In Begleitung des Generals Estorf begab sich Winnig nach dem Fort Stein und leitete von hier aus einen konzentrischen Angriff auf Königsberg ein, der einem Ueberfall auf eine völlig friedliche Stadt gleichkam. Der gesamte Grenzschutz wurde in der Nacht zum 3. März rund um Königsberg zusammengezogen, um am folgenden Morgen einzurücken. Charakteristischerweise wagte man nicht, den Mannschaften zu sagen, daß sie gegen Volksgenossen und Kameraden marschieren sollten. Der Alarm erfolgte in später Abendstunde unter der Vorpiegelung, daß der Grenzschutz gegen die Polen marschieren würde. Die Aktion fand ihren Abschluß in der Umzingelung der Quartiere der Ratstruppen, mit dem Aufahren von Maschinengewehren und Minenwerfern und der Aufforderung an die revolutionären Truppen, die Waffen niederzulegen.

Bei den Mannschaften des Grenzschutzes bestand gegen die Ratstruppen keinerlei Erbitterung, eher kameradschaftliches Gefühl und ein großes Erstaunen über die Art der Verwendung, mit der sie mißbraucht wurden. Einzelne Offiziere indessen glaubten die Gelegenheit nicht veräumen zu dürfen, ihrem Haß gegen die Revolution seinen bezeichneten Ausdruck zu geben, der mehr als irgend etwas anderes zu der Erbitterung der Arbeiter gegen alle Truppen beigetragen hat, die später irgendwo als „Weißgardisten“ in Aktion traten. Die Ratstruppen in der Kloonschule hatten z. B. der Aufforderung, die Waffen niederzulegen, nicht Folge geleistet. Sogleich wurden Minenwerfer aufgeföhren, was zur Folge hatte, daß die Matrosen nunmehr aus der Schule hinausstürzten und die Waffen fortwarfen. Von Seiten der Mannschaften des Grenzschutzes fiel kein Schuß. Ein Leutnant der Allensteiner Jäger aber brüllte sie an: Ihr Schweinehunde, warum schießt Ihr nicht! Als die Mannschaft ihm antwortete, daß dafür keine Veranlassung vorliege, da die anderen ja weglaufen, schrie der Burche: das ist ganz egal, legte sich selber hinter ein Maschinengewehr und schoß den Fliedenden in den Rücken, in dem er mit seinem Maschinengewehr fortgesetzt die Straße bestrich. Im Schloße selbst wurde die weiße Fahne gehißt, die Mannschaft ergab sich. Wie wenig Kampflust bei den Mannschaften des Grenzschutzes bestand, ergibt sich indessen aus der Tatsache, daß 20 revolutionäre Schützen die gesamte Truppenmacht einen vollen Tag lang aufhielten, als es sich um die Besetzung des Arbeiterviertels Sackheim handelte. In den Berichten des Herrn Winnig aber stand mit napoleonischer Geste, daß Straße für Straße im Kampf genommen worden sei.

II.

Als Triumphator rückte Feld Winnig in Königsberg ein und zog das Fazit der gewonnenen Schlacht: Der Soldatenrat wurde verhaftet und mußte spurlos verschwinden. Der Marinemannschaft wurden die Gewehre abgenommen und den Bürgern ausgehändigt als Sinnbild für die glorreiche Wendung, die sich foeben durch Winnigs Fügung vollzogen hatte: die erste bewaffnete Bürgerorganisation in Königsberg entstand. Die Verhängung des Belagerungszustandes in wilhelminischen Formen bildete die Krönung des edlen Werkes. Einige Tage später — am 7. März — fand im Hof der Artilleriekaserne an Stelle des eigentlich erforderlichen Dankgottesdienstes große Parade vor Herrn August Winnig statt, dem verdientermaßen alle

militärischen Ehren erwiesen wurden. Der große Mann stellte sich in Postur und gab eine Ansprache zum Besten, in der er den Truppen dankte für die Entschlossenheit, mit der sie die Ordnung wieder hergestellt hätten, und welche die folgende strategische Weisheit verkündete: Die bolschewistische Etappenstraße laufe von Moskau über Komno und Königsberg nach Berlin. Jetzt sei sie an einem entscheidenden Punkte unterbrochen. Hut ab vor Euch, Soldaten! Und Herr August Winnig entblöhte seine strategische Denkerstirn. Wenige Tage später erfolgte in Berlin der gleiche Schlag gegen die Volksmarinedivision, für die Herr Noske die gleiche persönliche Verantwortung trägt, wie in Königsberg der Herr Winnig.

Herr Winnig begab sich nunmehr wieder in das Kaiserliche Schloß, wo er sich jetzt behaglich und ohne störende Kontrolle einzurichten vermochte. Die rote Fahne vom Dache des Schlosses ging nieder, und aufstieg zum ersten Male das Banner der schwarz-rot-goldenen Gaunerrepublik. Zugleich begann er jene lebhafte Propaganda unter den Truppen und im Lande, aus der die Organisation und Aktion des Kapp-Putschs erwuchsen. Mit Regierungsgeldern schuf er den „Heimatdienst“, eine Zeitschrift, die in Millionen von Exemplaren gratis verbreitet wurde; ein Kurzus für Mannschaften und Offiziere wurde gegründet, aus dem die erste „Reichswehrhochschule“ entstand. Die Kurse, zu denen Mannschaften und Offiziere für je 14 Tage beurlaubt wurden, um gemeinsam im Offizierskasino verpflegt zu werden, schufen das Menschenmaterial, aus dem sich die kappistischen Keimzellen im Heere zusammensetzten. Zur Vervollständigung der gegenrevolutionären Organisation wurde unter den Aufspizien des Herrn Winnig der Heimatbund Ost gegründet, der sich zur führenden Kapp-Organisation nach den Intentionen seines Meisters Winnig entwickelte. Die Verbindung zwischen Berlin und Königsberg hielt teils der General von Lüttwitz, der Armeeschef Noske aufrecht, teils führten die Herren Kapp und Winnig so häufig nach der alten Hauptstadt, daß der Volkswitz das bezeichnende Wort prägte: Wenn Kapp in der ersten Klasse des D-Zuges sitzt, so sitzt Winnig sicher in der zweiten.

Inzwischen war Herr Winnig, seinen Verdiensten entsprechend, zum Oberpräsidenten von Ostpreußen befördert worden. So wurde es ihm möglich, seine persönliche Politik in den von ihm ins Leben gerufenen Organisationen, besonders unter den Truppen, mit

größter Autorität zu betreiben. In den Kursen war er bestrebt, die Vertrauensleute der Truppen zusammenzufassen, die damals noch eine sehr einflußreiche Stellung besaßen, da sie einen Teil der Funktionen der früheren Soldatenräte übernommen hatten. Die Kurse waren Mittel rein politischer Propaganda, die unter dem Deckmantel betrieben wurde, daß die Parteipolitik auszuschalten sei und der Schutz der bestehenden Regierung die Grundlinie der Orientierung zu bilden habe. Zum Zeichen der Neutralität wurden die Referate von „Herren aller Parteien“ gehalten. Als einzige sozialistische Dekoration bestellte sich Herr Winnig nur den alten sozialistischen Stadtrat Barowski, der über die Sozialpolitik im Allgemeinen sprach. Im übrigen redete ein Hauptmann den „bekanntesten Stiefel über Rußland zu recht, ein deutschnationaler Tierarzt sprach über Zins- und Valutafragen. Fast alle Referenten stellten sich bei Ausbruch des Kapp-Putschs offen auf die Seite der Kapp-Regierung. Waren die Kurse beendet und wurden die Teilnehmer zu ihren Truppenteilen entlassen, um durch neue ersetzt zu werden, so erhielten die alten Teilnehmer fortgesetzt Werbematerial vom Heimatdienst zugesandt. Das Material, für das Herr Winnig voll verantwortlich ist, war völlig eindeutig zusammengestellt. Außer dem Vornwärts wurde von links nichts übermittelt, sondern nur rechtsgerichtetes Material, und vom November 1919 wurde sogar die Uebermittlung des Vornwärts eingestellt. Eine ähnliche Organisation entstand inzwischen im deutschen Süden unter Persönlichkeiten, die mit den Offizieren des Heimatbundes in enger Fühlung standen.

Im Heimatbunde selbst — wie gesagt die eigentliche Kapporganisation — gehörte Herr Kapp vorwärts halber nur dem erweiterten Vorstand an. Die Königsberger Leitung lag in den Händen eines Majors, der vorher im Baltikum gefochten hatte. Der ganze Stab, 26 Personen, einschließlich der Tippdamen, wurden in Bausch und Bogen von der Baltischen Landeswehr übernommen. Das offizielle Ziel dieses Heimatbundes war die Befreiung der „bolschewistischen“ Gefahr. Von der Bedeutung dieses Bundes und seinem Einfluß mag es eine Vorstellung geben, daß der Bund für seine Zwecke allein in Ostpreußen bis Anfang März die Summe von 23 Millionen unter seinen Mitgliedern anforderte und erhielt, wobei Beauftragte des Bundes bei der Sammlung des Geldes aussprachen, daß das Geld ja nicht verloren sei, denn wenn die Organisation erst die Staatsmacht in den Händen habe, würde

der gezahlte Betrag von den Steuern abzusehen sein. Die Summe lief nicht nur voll ein, sondern die vorher abgeschätzten Kreise der Provinz haben teilweise den auf sie entfallenden Anteil noch überzogen.

Das Werbematerial dieses Bundes traf jedoch durchaus nicht die Stimmung der Truppen und ihrer Vertrauensleute. Schon als im November 1919 den Kurjusteilnehmern eine antibolschewistische Ausstellung zugänglich gemacht wurde, in der der russische weißgardistische Fürst Awaloff-Bermont im Bilde, das mit einem dreifachen Lorbeerkranz umgeben war, gezeigt wurde, stellte es sich heraus, daß weit aus die meisten Kurjusteilnehmer dieser Demonstration keinen Geshmack abgewinnen konnten. Durch Studenten und Seminaristen, die sich für den Grenzschutz zur Verfügung gestellt hatten, war innerhalb der Truppen eine nationalsozialistische Bewegung entfacht worden, die schon zu jener Zeit eine große Anzahl von Mannschaften und Offizieren in allen Truppenteilen umfaßte. Ihr Kennzeichen war das Hakenkreuz, das, von dem Studenten und Soldaten Bildmeister aufgebracht, von Anfang an als Hakenkreuz auf rotem Grunde gedacht war und sich demonstrativ gegen den Parteionalismus kehrte, weil die Nationalsozialisten der deutschnationalen Partei zum Vorwurf machten, daß sie genau so kapitalistisch verfeucht sei, wie alle anderen Parteien. Hier liegt ein klarer Beweis dafür vor, wie die auf die Täufchung der öffentlichen Meinung berechnete Skandalpresse es fertig brachte, ein grundsätzlich revolutionäres Abzeichen, wie es das Hakenkreuz war, so lange in einen konterrevolutionären Popanz umzulügen, bis die Preskannalle in der Tat erreichte, daß auch konterrevolutionäre Gruppen sich dieses Abzeichens bemächtigten. Die Herren vom Heimatbund erkannten rasch die Bedeutung dieser nationalsozialistischen Gruppen und sie förderten diese Propaganda, weil sie hofften, sich ihrer zu ihren Zwecken bedienen zu können. Denn inzwischen änderte sich auch der Charakter der Schriften, die unter den Truppen zur Verbreitung gelangten, und die nun offen gegen die Regierung hielten und mit der Forderung einer „bodenständigen Regierung“ hervortraten. Die nationalsozialistische Bewegung setzte sich bis zum Kapp-Putsch unter den Truppen so stark durch, daß sie schließlich in allen ostpreußischen Truppenteilen die ausschlaggebende war und über Verbindungen mit fast allen Formationen im Lande verfügte.

Inzwischen wurden die eigentlichen Vorbereitungen zum Putsch intensiv betrieben, und

zwar durch eine Geheimorganisation innerhalb des Heimatbundes, zu deren vertrautesten Mitgliedern Herr Winnig gehörte. Die Geheimorganisation zeichnete alle ihre besonderen Schreiben mit der Ziffer 11 neben der üblichen Unterschrift des Heimatbundes. Herr Winnig ist in der Lage, dem Herrn Reichsanwalt erschöpfende Auskunft darüber zu geben, welche drei militärischen Personen sich hinter dieser interessanten Ziffer recht geschickt verborgen.

III.

Im November 1919 erfolgte die Auflösung der Truppen, die noch zuletzt im Baltikum gegen die Bolschewisten gefochten hatten. Die meisten von ihnen verblieben in Ostpreußen; nur zwei Marinebrigaden, die als die zuverlässigsten im schwarz-weiß-roten Sinne galten, wurden geschlossen zur Bedrohung Berlins nach Döberitz überführt. Es waren die Brigaden Ehrhardt und Löwenfeld. In allen übrigen Truppenteilen herrschte gegen Ludendorff eine starke Abneigung, weil die alten Soldaten vom Weltkrieg her von seinen Methoden des Umganges mit Menschen genug hatten; hätte irgend einer der Soldaten vermutet, daß Ludendorff hinter der vom Heimatbund unterstützten Propaganda in der nationalsozialistischen Bewegung stand, so wären die Brücken zum Heimatbund sehr schnell abgebrochen gewesen. Auch Kapp erfreute sich nur geringer Sympathien. Unter den Truppen ohnehin weniger bekannt, hatte er alle, die früher Landarbeiter gewesen, zu entschiedenen Gegnern. Aus alledem geht schon hervor, wie gering die Macht war, die den Kapp und Ludendorff persönlich zur Verfügung stand, und der spätere Verlauf ihres Putschs hat ja dann auch die militärische Schwäche ihrer Position rasch genug enthüllt. Um so bedeutungsvoller war für diese Herrschaften die Unterstützung, die sie bei August Winnig fanden, der als Sozialdemokrat damals noch unter den Arbeitern und Soldaten als Bürge dafür diente, daß die geplanten Unternehmungen keinen monarchistisch-konterrevolutionären Charakter haben würden. Kein Wunder, daß die Herren Kapp und Ludendorff Wert darauf legten, August Winnig zu ihrem allerintimsten Zirkel zu zählen.

Zu der geheimen Zusammenkunft am Sonntag vor Weihnachten 1919, deren Zweck es war, den ersten Entwurf der beabsichtigten Operation festzulegen, war Herr Ludendorff persönlich nach Königsberg gekommen. Die Zusammenkunft fand statt in der Wohnung eines Majors; die Teilnehmer hatten sich in Gruppen von je 2 Personen

unauffällig dorthin zu begeben. Es nahmen an der Zusammenkunft nur Persönlichkeiten teil, die an der Spitze von Organisationen standen. Als die Teilnehmer versammelt waren eröffnete ihnen der Hausherr, daß sie jetzt die Ehre haben würden, mit Herren bekannt gemacht zu werden, die für das Geschick Deutschlands und der Welt von der größten Bedeutung sein würden. Bald darauf erschienen Ludendorff und Kapp, und unmittelbar nach ihnen Herr August Winnig. Ludendorff und Kapp begrüßten Winnig sehr verbindlich; während der Unterredung versäumte Ludendorff niemals, den sozialdemokratischen Oberpräsidenten von Ostpreußen „mein lieber Winnig!“ zu apostrophieren. Herr Ludendorff hielt eine kurze Ansprache: „Er freue sich sehr, die Herren versammelt zu sehen. Er vertraue darauf, daß sie in den kommenden schweren Zeiten den Kopf hochhalten würden. Der Friede von Versailles müsse zerbrochen werden. Not tue eine starke Hand.“ Dann erstattete der Major einen kurzen Tätigkeitsbericht: Im Heimatbund sei alles bereit. Auf welche Art der kommende Schlag vorzubereiten sei, werde allen klar sein. Alles hänge vom Militär ab. Um dies Militär drehte sich die folgende Auseinandersetzung. Es wurde zur Sprache gebracht, daß die Truppen gegen die Regierung erbittert seien. Ihre Stimmung sei absolut nationalsozialistisch; alle Vertrauensmänner gehörten der nationalsozialistischen Bewegung an. Sie erblickendarin eine Brücke zwischen ihrem Nationalgefühl und der Revolution. Auf Herrn Ludendorff machten diese Darlegungen einen so starken Eindruck, daß er sich das Wort ent-schlüpfen ließ: „Dann ist die Sache ja wesentlich anders“. Er wendete sich an Winnig mit der Frage, wie er glaube, daß die organisierte Arbeiterschaft sich verhalten würde, worauf Herr Winnig majestätisch die Worte sprach: Für die organisierte Arbeiterschaft bürgere ich vollkommen. (Noch immer bestand der von Winnig verhängte Belagerungszustand in Königsberg.) Hiermit hatten die großen Götter des Kapp-Putsch die ihnen nötige Information erhalten. Die Anwesenden empfahlen sich, und zurückblieben zur allerheiligsten Beratung außer dem Hausherrn die Herren Kapp, Ludendorff und August Winnig. Der Name Hindenburg ist in der ganzen vorhergehenden Unterredung nicht genannt worden.

Die Geheimorganisation 11 entwickelte im unmittelbaren Anschluß an die folgenschwere Unterredung eine fließhafte Tätigkeit. Kurriere flogen zwischen Nord und Süd, zwischen Döbe-

ritz und Königsberg hin und her, Vertrauensleute wurden aus dem aktiven Verhältnis herausgenommen, zur besonderen Verfügung der geheimnisvollen 11 gestellt, nach Berlin, nach Döberitz, nach anderen Orten verpflanzt. Schon damals war der Beginn des Putsch auf das kommende Frühjahr festgesetzt. Nähere Auskunft hierüber zu erteilen ist uns leider nicht möglich, weil die geheimnisvolle 11 geschickt genug gewesen ist, nach dem Fehlschlag des Putsch alle kompromittierenden Dokumente schleunigst zu verbrennen. Einzig und allein Herr August Winnig verfügt möglicher Weise über so viel Gedächtnisstärke, daß er in der Lage ist, sich über die wichtigen Einzelheiten näher zu verbreiten.

Kurz vor dem Tage, an dem planmäßig der Putsch von Königsberg aus in Szene gesetzt werden sollte, bekam durch die Fahrlässigkeit von Kapps Geheimsekretär die Ebertregierung Wind von dem, was im Werke war. Ein Teil der Geheimorganisation wurde aufgedeckt, gegen Kapp und Lüttwitz wurden Verhaftungsbefehle erlassen. Kapp raste im Automobil nach Döberitz. In seiner Begleitung befand sich der berüchtigte englische Spitzel Trebizsch-Nicolin und ein Vorstandsmitglied des Nationalverbandes deutscher Offiziere. Kapp überbrachte von General von Lüttwitz den Befehl an Ehrhardt, sich sofort mit seiner Marinebrigade und der Brigade Löwenfeldt auf Berlin in Marsch zu setzen und weitere Befehle im Reichswehrministerium entgegen zu nehmen. Innerhalb $\frac{3}{4}$ Stunden waren die Truppen marschfertig. Sie traten im offenen Viereck an, Kapp fuhr im Auto hinein und hielt an sie eine Ansprache: Der große Tag sei gekommen, an dem der 9. November rückgängig gemacht werden sollte. Die schwarz-weiß-rote Fahne solle wieder hochgehen am Mast (wovon vorher nie die Rede gewesen war). Die Kriegsmarineflagge voran, setzte sich der Zug in Bewegung. Es war in der Nacht vom 12. auf den 13. März. Die anmarschierenden Truppen waren noch nicht 3000 Mann stark. Dennoch genügte diese für eine Millionenstadt wie Berlin lächerlich geringe Truppenmacht, die Noske und Ebert zu veranlassen, Hals über Kopf aus Berlin auszureißen und damit die Reichszentralgewalt selber preiszugeben.

Als die Spitze der Truppen das Reichswehrministerium erreichte, wurden sie von den dort verbliebenen Ordonanzen mit einem Freuden-geheul empfangen. Da sie die Regierungsvögel ausgeflogen fanden, richteten sie sich im Gebäude häuslich ein. Die Ordonanzen zeigten ihnen mit Vergnügen die leeren Sessel, auf denen

soeben noch die sozialdemokratischen Exzellenzen geruht hatten: „Da saß der dicke Ebert, dort saß der Noske, da liegen noch ihre Zigarettenstummel.“

Die Straßen wimmelten von Regierungstruppen, aber niemand dachte an Widerstand. Die Regierung war ja ausgerissen, für wen sollten sie kämpfen? Alle machten selbstverständlich mit.

Herr Kapp fuhr unmittelbar zur Reichskanzlei und gab seine erste Proklamation heraus. Aber sie löste sofort Mißstimmung unter den Offizieren und den Mannschaften aus. Denn Kapp und Ludendorff hatten sich vor dem Putsch durch Unterschrift auf das nationalsozialistische Programm verpflichtet, das die sofortige Beschlagnahme aller Schiebervermögen vorsah, die sofortige Sozialisierung der Banken und die Schließung der Börse verlangte. Davon aber war in der Proklamation nichts zu spüren. Dagegen lag um 9 Uhr vormittags bereits die Nachricht vor, daß August Winnig sich der Kappregierung zur Verfügung gestellt habe, und es hieß, August Winnig solle kappistischer Reichsarbeitsminister werden. Bald erschien in der Reichskanzlei eine Gruppe von Gewerkschaftsbonzen, die von Kapp leider nicht vorgelesen wurden, sodaß es ihnen erpart geblieben ist, ihre schönen Seelen zu enthüllen, wie es vom Standpunkt des Herrn Kapp sicherlich eine für seine Regierungsfähigkeiten bezeichnende Dummheit war, daß er nicht sofort die Beziehungen mit den Repräsentanten jener organisierten Arbeiterschaft ausnahm, für deren Wohlverhalten sich Herr August Winnig ausdrücklich verbürgt hatte.

Vertrauensleute der Soldaten waren sich nach der Proklamation Kapps darüber klar, daß man sie zu Zwecken mißbrauchte, mit denen sie im Grunde nichts zu wackeln haben mochten. Hier hätte eine zielklare revolutionäre Führung einzusetzen gehabt, aber die war in Berlin unter den spartakistischen Eseln nicht vorhanden. Entgeistert startete alles nach Süden, bis die davongelaufene Reichsregierung zu ihrer Rettung den Generalfreik proklamierte, während es sich darum handelte, in Berlin auch Kapp und Ludendorff zum Teufel zu jagen, wozu sich die Soldaten nicht allzu lange hätten bitten lassen. Denn schon in den ersten Stunden der Kappregierung nahm ihre Mißstimmung für die neue Regierung beängstigende Formen an. Im Namen der nationalsozialistischen Soldaten verlangte der Inhaber der Unterschriften Kapps und Ludendorffs unter das nationalsozialistische Programm Zutritt bei Kapp, um ihn über seine erste

Proklamation zur Rede zu stellen und ihn zu fragen, was weiter werden sollte. Herr Kapp ließ ihn nicht einmal vor, berief aber schleunigst die Vertrauensleute der Soldaten, um ihnen die Verteilung einer Kampfsaulage in Aussicht zu stellen, ein altbewährtes Mittel, Soldaten zu ködern. Er erreichte damit nur, daß die Unzufriedenheit sich steigerte, zumal als nun der mißliebige Herr Ludendorff erschien, und zwar in Begleitung des Bankiers Simon.

Die nationalsozialistischen Soldaten waren der vom Standpunkt des Politikers freilich naiven Anschauung gewesen, es handle sich um die Revolution. Deshalb hatten sie sich jene Unterschriften geben lassen, und deshalb hatten sie keine Lust, sich gegen die Arbeiter mißbrauchen zu lassen. In einem Artikel „Die falsche Front“, der seinerzeit vielfache Beachtung gefunden hat, hatte kurz vor Ausbruch des Putsch eine ihrer Besten an die Leiter der Bewegung eine deutliche Warnung gerichtet und ihnen zugerufen, daß nicht die Front des Bürgerkrieges arbeitender Schichten miteinander, sondern die Front aller schaffenden Schichten gegen die Schieber und Schmaroher aufzurichten sei. Hier schon zeigt sich, wie leicht ohne die Parteiborniertheit breiterer Arbeitermassen der konterrevolutionäre Putsch der Kapp, Ludendorff und Winnig umschlagen konnte in die offene Revolution.

IV.

Drei Tage hatte die kappistische Regierung Zeit, um ihre Position zu befestigen. Was die Götter der Konterrevolution in diesen Tagen getrieben haben, das mag der Teufel wissen. Was die kappistische Regierung, vom Standpunkte der gegebenen Notwendigkeiten gesehen, hätte tun müssen, ist einfach genug. Sie hätte die Beamtenausschüsse aller Behörden in Berlin zusammenerufen müssen, um mit ihnen die Grundlinien der Zusammenarbeit zu finden, und sie mußte verhüten, daß die Berliner Arbeitermassen in einen bewaffneten Kampf mit den Truppen hineintrieben. Dazu gehörte die sofortige Proklamation der Grundrechte aller Arbeitenden und die Schaffung von Organen der Selbstverwaltung, mit denen sie zusammenarbeiten konnte, um sich auf sie zu stützen. An sich wäre dies genau so möglich gewesen, wie bei den Truppen ihre Zusammenarbeit mit den Vertrauensleuten, die aus den revolutionären Soldatenräten entstanden waren. Nichts von alledem geschah. Unfähig, den Geist der Zeit zu begreifen, konnten sich die Gewaltigen des Staatsreiches an den Beglückwünschungen jener alten Exzellenzen, die als lebende Mumien der vergangenen Kaiser-

herrschliche in den Straßen Berlins wieder lustwandeln, und an dem Hurrahgebrüll eines hurrahpatriotischen Pöbels, der noch nie und nirgend Kraft und Mut genug besessen hat, um mit seiner Person für seine Sache einzustehen. Die Arbeitermassen, das eigentliche Volk, waren ihnen nur Canaille, die man mit Bedrohung von Erschießung kujonieren mochte, wenn sie sich beikommen lassen wollten, die Erwartungen des August Winnig zu enttäuschen, der ja für ihr Wohlverhalten volle Bürgschaft übernommen hatte. So blieb die ganze Arbeiterschaft den Einflüssen ihrer Parteimaschinen ausgeliefert, und die natürliche Folge war, daß im Berliner Osten sich der Aufruhr erhob, der durch den inzwischen von der wegelaufenen Ebertregierung proklamierten Generalfstreik noch gefördert wurde. Die Berliner Sicherheitswehr fing an, wieder umzuschwenken, alle Truppen wurden mit jeder Stunde unzuverlässiger.

Am Dienstag, den 16. März, dringt in früher Morgenfrühe eine Abordnung von Soldaten der Ehrhardt-Brigade in die Reichskanzlei ein, um bei Rapp Vorstellungen zu erheben. Als sie nicht vorgelassen wurden, geben sie ihrer Mißstimmung in erregten Worten Ausdruck. Sie hätten keine Lust, den Schwindel weiter mitzumachen, da die Beschlagnahme der Schiebervermögen nicht erfolgt sei; sie seien nicht mitgegangen, um an die Stelle Eberts eine neue Wilhelmische Regierung zu setzen; von Rapp hätten sie die Nase voll. Als unter den Truppen bekannt wird, daß ihre Abordnung nicht vorgelassen war, bemächtigt sich ihrer gewaltige Erregung. Die letzten Truppen, die noch zu Rapp gehalten hatten, erheben sich in heller Meuterei. Sofort wurden die Vertrauensleute aller Kontingente zusammengetrommelt. Die Versammlung fand gegen Mittag in einem Saale der Reichskanzlei statt, während in einem Saale gegenüber die hilflosen Mumien des alten Regime sich tiefsinnig die hohlen Köpfe zerbrachen. In der Soldatenversammlung macht sich die Empörung der sich schamlos mißbraucht fühlenden Vertrauensleute mit unverhaltener Kraft Luft. Hinzu kam die Empfindung, daß sie in einer Mausefalle saßen, aus der die Anführer des Putzches sicher keinen Ausweg wissen würden. Alle Redner sprachen gegen die wilhelmischen Offiziere und gegen das alte Regime. Unter stürmischem Beifall gerade der Ehrhardtleute rief einer der nationalsozialistischen Führer in den Saal: Wir haben der Reaktion wieder auf die Beine geholfen, wir müssen den Arbeitern klar machen, daß wir nicht gegen sie sind, sondern mit ihnen zusammenkämpfen wollen. Es wurde beschlossen, ihre Forderungen dem

General Lüttwitz zu überreichen. In diesem Augenblick stürzten etwa 15 jüngere Offiziere in den Saal, von oben bis unten mit Handgranaten behangen. Einer von ihnen sprang auf einen Tisch und rief: Kameraden, wer ist dafür, daß ein Militär an die Spitze tritt? Wer ist dafür, daß der Saal nebenan ausgeräumt wird? Wer ist dafür, daß die Sache so gemacht wird, wie wir (die Nationalsozialisten. Red.) uns das gedacht haben? Auf alle drei Fragen erfolgte einmütiger stürmischer Beifall. Man drang in den gegenüberliegenden Saal ein, aber siehe da, die Mumien waren ausgerissen, nicht einmal ein abgerissener Jopf von den erlauchten Häuptern war zurückgeblieben. Man drang in die Gemächer Rapps vor, aber siehe da, Herr Rapp war verschwunden, ohne seine Anschrift zu hinterlassen. Man brüllte wütend nach Ludendorff, aber siehe da, auch Herr Ludendorff war nicht zu finden. Der General von Lüttwitz suchte die Truppen zu beschwichtigen, aber die Verantwortung für den Rückmarsch zu übernehmen, hatte auch er, der den Befehl zum Einmarsch gegeben hatte, offenbar keine Neigung, denn er machte sich gleichfalls bald unsichtbar.

Was nun folgt, ist das schrecklichste Kapitel aus der Geschichte der durch sozialdemokratischen Parteifanatismus und spartakistische Instinktaufpeisung zu Grunde gerichteten proletarischen Revolution. Mit umgekehrten Bewehren rückten die Truppenteile, die soeben erst gegen die Rappregierung sich erhoben hatten, aus der Stadt ab, um in Friedenau auf bewaffnete Arbeiterhaufen zu stoßen, denen sie zuriefen: Wir haben mit Rapp gebrochen, wir rücken ab. Schon aber fielen aus den Reihen der bewaffneten Arbeiter Schüsse. Da reißen auch die Soldaten die Knarre herum und feuern. Das Gemetzel beginnt. Als der Vorgang in Berlin bekannt wird, rasen Panzerautos durch die Straßen, an allen Ecken und Enden entbrennen Kämpfe zwischen den Soldaten und den bewaffneten Arbeitern. Die Wut der Arbeiter, die von ihrer feilen Presse ohne jede Orientierung gelassen werden, die in jedem der Soldaten nur den Weißgardisten und Konterrevolutionär erblicken, kennt schließlich keine Grenzen mehr. Sie überfahen vollkommen, daß die schwarzweiß-roten Fahnen, die die Truppenteile mit sich führten, in den Augen der Soldaten zwar die Bedeutung der alten deutschen Reichsfahne hatten, daß aber die Soldaten sich nicht darüber klar waren und auch nicht darüber klar sein konnten, wie diese Symbole provozierend auf die Arbeitermassen wirken mußten.

V.

Die Ebertregierung hatte gefiegt. Noch einmal war es ihr gelungen, den Bürgerkrieg zwischen Arbeitern und Soldaten zu entfachen; noch einmal hatte parteipolitischer Fanatismus auf der einen, politische Naivität auf der anderen Seite es möglich gemacht, daß die Regierung des Sumpfes, die aus dem Gleichgewicht widerstrebender Kräfte, die zusammengehören, emporgestiegen ist, ihre hohle Unfähigkeit wieder auf den Thron erheben konnte. Herr Trebißsch-Lincoln, der englische Lockspizel, konnte Berlin befriedigt verlassen, ohne daß ihm ein Haar gekrümmt wurde. Die Stoßkraft der revolutionären Gruppen in der neuen Armee war zerbrochen worden durch englisches Gold und die skrupellose Niedertracht des Dreigestirnes Rapp, Winnig und Ludendorff, die revolutionäres Wollen zu konterrevolutionären Zwecken schamlos mißbrauchten, die Männer, denen die nationale Idee mehr war, als eine zu Geschäftszwecken herausgehängte Fahne, vor den erbärmlichen Karren ihrer elenden egoistischen Großmannsucht spannten.

Der Plunder der ebertinischen Herrlichkeit erstahlte in neuem Glanze. Gegen die Arbeitermassen des Ruhrreviers sandte der sozialdemokratische Präsident Teile der gleichen Truppen, vor denen er eben noch erzittert war. Herrn Rapp und Herrn Lüttwitz folgten ins Ausland tiefgefühlte Segenswünsche einer armseligen Schaar regierender Krippenreiter. Herr August Winnig wurde mit großer Geiste aus der sozialdemokratischen Partei entfernt, der er bis dahin eine edle Zierde gewesen. Dazu wurde er pensioniert und darf im Kreise vertrauter Freunde von den Erinnerungen zehren an jene Tage, in denen er im Schatten Rapps und Ludendorffs die Strahlenkrone von seiner kommenden Herrschaft Herrlichkeit hatte erschwimmern sehen. Auch Ludendorff passierte so wenig wie Trebißsch-Lincoln, dem englischen Lockspizel. Alter Beziehungen eingedenk und sie getreulich weiter pflegend, bettelt

der Mann, der sich in jener Konferenz in Königsberg vermaß, den Frieden von Versailles in Stücke zu schlagen, um Albions gnädige Verwendung, die ihm gestatten möge, an der Spitze eines internationalen Söldnerheeres über Rußland herzuwachen. Fürwahr, der Mann, der im Weltkrieg ein ganzes Volk einsetzte mit dem Leichtsinne und der Skrupellosigkeit eines begenerrierten Va Banque-Spielers, der ebenso skrupellos sein Wort als Patriot, Mann und Offizier den Nationalsozialisten brach, der ist der geeignete Condottiere für England und seinen Völkerbund im Kampfe gegen die Revolution.

Das Reichsgericht der Republik ist bisher trotz des gewaltigen ihm zur Verfügung stehenden Apparates, der gegen Arbeiterrevolten mit unübertrefflicher Präzision arbeitet, nicht imstande gewesen, die Fäden der Rapporganisation aufzudecken. Hier sind sie, Herr Oberreichsanwalt! Machen Sie davon den Gebrauch, den das Wohl des ganzen Volkes Ihnen vorschreibt. Die Herren Ludendorff und Winnig sind noch nicht den Weg der Herren Rapp und Lüttwitz gegangen. Beeilen Sie sich, Herr Reichsanwalt, damit Sie nicht in Verlegenheit kommen, ihre Anschriften zu ermitteln, wenn Sie Veranlassung fühlen sollten, sie, wenn schon nicht als Angeklagte, so doch als Zeugen vor Ihr hohes Gericht zu zitieren.

Vielleicht ist es undankbar von uns, daß wir mit dieser Darstellung der sozialdemokratischen Zierde von Ostpreußen, Herrn August Winnig, Angelegenheiten bereiten. Ist es doch die Uebergeheith seiner tölpelhaften Bonzenpolitik gewesen, der wir das Material verdanken, aus dem wir diese Darstellung schöpfen. Aber Ehre, wem Ehre gebührt, und darum der Wahrheit die Ehre. Die Wahrheit aber gebietet, zu sagen, daß Herr August Winnig einer der abgeseimtesten politischen Schurken ist, die je Gottes Sonne beschien.

Hamburg, den 22. Oktober 1921.

Dr. Heinrich Laufenberg.

Freiß Wolffheim.

Der Herr Senator.

L. u. W. Wie erinnerlich, hat das Regierungsorgan der Republik Hamburg sich erdreistet, uns zu unterstellen, daß wir uns, weil es uns schlecht, ja man könne sagen, sehr schlecht ginge und wir uns hätten um Verdienst bemühen müssen, nicht geschaut hätten, „gehorsamt“ den regierenden Parteiführer, das raff- und mach-

gierige Bonzentum, den Sumpf der parlamentarischen Demokratie in Anspruch zu nehmen. Auf die der Schoredaktion darob erteilte Stellungnahme hat das Organ des Senates der Republik Hamburg es bis zur Stunde, das heißt, bis zum 24. Oktober, für angezeigt gehalten, den klügeren Teil der Tapferkeit zu wählen

und in allen ihm gekauften Mundarten zu schweigen. Diese plötzliche Bescheidenheit wird verständlich, wenn man sich an den Inhalt unserer Abrechnung mit dem regierenden Parteiklüngel erinnert. Wurde doch damit eine moralische Hinrichtung vollzogen, wie sie noch nie und nirgends einer Regierung durch ihre „gehorsamen“ Untertanen zu Teil geworden ist. Wir sind demnach berechtigt, festzustellen, daß der regierende Parteikonventikel des Staates Hamburg trotz der zu seiner persönlichen Sicherung erlassenen Ausnahmeverfügungen, trotz seiner Verfügung über den Hamburgischen Justizapparat, nicht den Mut gefunden hat, der ihm gewordenen Kennzeichnung zu widersprechen. Das ist um so erstaunlicher, als in der Redaktion des Echo sich Persönlichkeiten befinden, die zur Zeit als Nutznießer des Verwesungsprozesses der durch die Revolution zum Untergang verurteilten kapitalistischen Gesellschaft als Regierer Hamburgs tätig sind. Neben dem Bürgermeister von Hamburg, Herrn Stolten, zielt die Redaktion des Senatsorgans Herr Emil Krause, Hochwohlgeboren, Senator der Republik. Dieser Herr, seines Zeichens Volksschullehrer a. D., gehört, um mit dem Hamburger Echo zu reden, zu jenem regierenden Parteiklüngel, den wir gehorfsamst in Anspruch zu nehmen uns nicht scheut haben. Da wir in einem demokratischen Staatswesen leben, in welchem die jeweiligen Regierer im Grunde ja nur als Beauftragte des freien Volkes amtieren, wird vielleicht die Veröffentlichung der an diesen Staatsweisen gerichteten Briefe den Erfolg haben, die Redaktion des Hamburger Regierungsorgans zum Sprechen zu bringen:

Ultrasiedt, 23. Juli 1921.

G. S.

Herrn Senator Krause.

Ev. Hochwohlgeboren gestatte ich mir mitzutheilen, daß es mir wegen meiner Tätigkeit in der revolutionären Bewegung nicht möglich ist, eine Beschäftigung zu finden. Ich habe mich daher an die staatliche Behörde für Arbeitsvermittlung mit dem Ersuchen gewandt, mir eine Beschäftigung zuzuwenden und würde es begrüßen, wenn ich in einem der Zweige des Hamburger Schulwesens tätig sein könnte. Da das Hamburger Schulwesen Ihrer Leitung untersteht, erlaube ich mir, die Aufmerksamkeit Ev. Hochwohlgeboren auf jenes Gesuch zu lenken.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Dr. Heinz Laufenberg.

Ultrasiedt, 11. Oktober 1921.

Herrn Senator Emil Krause,
Hochwohlgeboren,

in Hamburg.

Ev. Hochwohlgeboren!

Am 23. Juli 1921 gestattete sich der Unterzeichnete, an Sie in Ihrer Eigenschaft als Mitglied des Hamburger Senates, dem das Hamburger Schulwesen unterstellt ist, die Mitteilung zu richten, daß ich mich an die Behörde für Arbeitsvermittlung in Hamburg gewendet habe. Ich fügte hinzu, daß ich auf Grund meiner wirtschaftlichen Verhältnisse genötigt sei, irgend eine Beschäftigung zu übernehmen, und daß ich es begrüßen würde, wenn ich im Hamburger Schulwesen tätig sein könnte.

Eine Antwort auf dieses, an Sie in Ihrer amtlichen Eigenschaft gerichtete Schreiben zu erteilen, haben sich Ev. Hochwohlgeboren nicht veranlaßt gesehen. Dagegen erschien im „Hamburger Echo“, in jenem Organ, dessen Redaktionsverbände Ev. Hochwohlgeboren noch heute angehören, ein Hinweis, daß ich sowie auch mein Freund Wolfheim es nicht verschmäht hätten, „gehorsamst“ den regierenden Parteiklüngel, das raff- und machtgierige Bonzentum, den Sumpf der parlamentarischen Demokratie in Anspruch zu nehmen.

Es wird Ev. Hochwohlgeboren vielleicht nicht bekannt sein, daß jede Behörde nach altem guten Brauch verpflichtet ist, auf amtliche Eingänge amtlich zu antworten. Bei der kurzen Zeitspanne, die Ev. Hochwohlgeboren zur Erlernung der Regierungs- und Verwaltungstätigkeit vergönnt gewesen ist, bin ich loyal genug, in diesem Falle nicht auf bösen Willen zu schließen, sondern die mangelnden Kenntnisse Ev. Hochwohlgeboren mildernd in Rechnung zu ziehen.

Auch die Tatsache, daß ich als Doktor der Philosophie für ein Lehramt wohl qualifiziert erscheine, mag Ev. Hochwohlgeboren entgangen sein, wiewohl dies nicht gerade dafür sprechen würde, daß Ev. Hochwohlgeboren in der Erledigung von Amtspflichten jenes Maß von Sorgfalt aufzuwenden bemüht sind, das nach altem guten Brauch die Voraussetzung für die Ausübung einer amtlichen Tätigkeit bildet.

Die Kennzeichnung aber, die das Organ Ev. Hochwohlgeboren, das „Hamburger Echo“, der Tätigkeit sozialdemokratischer Behörden angedeihen läßt, ist derart, daß Ev. Hochwohlgeboren es wohl nicht werden vermeiden wollen, sich dazu zu äußern. Das „Echo“, Ev. Hochwohlgeboren, unterstellt, daß, wer sich an Ev. Hoch-

wohlgeboren in Höchster amtlicher Eigenschaft wendet, mit eben diesem Schritte gehorsamst „den regierenden Parteiklüngel, das raff- und machtgierige Bonzentum, den Sumpf der parlamentarischen Demokratie“ in Anspruch nimmt.zynischer, Ev. Hochwohlgeboren, sind wohl niemals demokratische Errungenschaften der Republik herabgewürdigt worden. War es früher schon jedem Untertan gestattet, sich gehorsamst an jede staatliche Behörde zu wenden in dem Bewußtsein, daß diese Behörde pflichtgemäß aus sachlichen Gründen entscheiden würde, so gehört es ohne Zweifel zu den bedeutungsvollsten demokratischen Errungenschaften der Revolution, daß es nunmehr Sozialdemokraten sind, die als „Diener des arbeitenden Volkes“ in den staatlichen Verwaltungen amtieren. Als revolu-

tionäre Republikaner empfinden wir es als eine Ungeheuerlichkeit gegen die sittliche Idee der Republik, wenn Staatsbürgern, die sich an Ev. Hochwohlgeboren in Höchster Eigenschaft als Amtierer dieser Republik wenden, unterstellt wird, sie hätten sich in diesem Schritt an den regierenden Parteiklüngel, das raff- und machtgierige Bonzentum der Sozialdemokratischen Partei und den Sumpf der parlamentarischen Demokratie gewandt.

Ev. Hochwohlgeboren werden nunmehr ohne Zweifel wissen, was Amtspflicht, Schicklichkeit und die Würde des Senates der Republik Hamburg Ev. Hochwohlgeboren gebieten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Dr. Heinz Laufenberg.

So ist es eben in dem Schach
Der Freien wider die Despoten:
Zug über Zug und Schlag auf Schlag,
Und Ruh' wird keine nicht geboten:

Freiliggrath.

Bei wem lag im November 1918 die Entscheidung?

L. Die Revolution konnte nur fortgeführt und nach innen und außen gesichert werden von ihren eigenen Organen, den Räten, die über alles politische Parteiwesen hinweg die wirklichen Schichten als Klasse zusammensetzten, um, geführt auf deren Macht in den Betrieben und Wirtschaftsstätten, die Herrschaft in ihrer unmittelbaren Vertretung auszuüben. Die Räteherrschaft wiederum ließ sich nur ausbauen und festigen durch das Zusammenwirken der verschiedenen politischen Parteien, in die die Arbeiterklasse gespalten war, eine Spaltung, die das unseligste Erbe der Vergangenheit, der Kriegspolitik der alten Fraktion und ihrer parlamentarischen Gegensätze, der unabhängigen Arbeitsgemeinschaft, darstellte. Mochten sich gegen die Heranziehung der kompromittierten Führer der Kriegszeit, derer von der alten Partei und derer von der unabhängigen Sozialdemokratie, noch so schwere Bedenken erheben:

keine von den Fraktionen der Arbeiterschaft konnte und durfte damals bei der Durchführung und Sicherung der Revolution nach innen und außen übergangen und ausgeschaltet werden.

Nun war die Erhebung des Novembers nicht das Werk der revolutionären Arbeiter allein, sondern auch des in Auflösung begriffenen wilhelminischen Heeres. Während unter der gesamten Arbeiterschaft die Auffassungen der alten Partei überwogen, herrschten in der Armee fast mehr noch die Anschauungen der bürgerlichen Demokratie vor. Bei dem Zwiespalt in den Reihen der Arbeiterklasse und unter den Trägern der Revolution lag das Schicksal der Novembererhebung zunächst bei derjenigen Fraktion der Arbeiterschaft, die über die stärkeren Organisationen und den größeren Anhang gebot, also bei der alten Partei. Ihre Mitwirkung mußte um so entscheidender werden, je totaler das alte System

zusammengebrochen, je öblicher Bourgeoisie und Militärischen isoliert waren. Und konnte die alte Partei sich selber besser dienen, als wenn sie der Koalition, die sie während des Krieges mit der Bourgeoisie eingegangen war, und dem Bunde mit den alten Gemalten reflexlos entlagte? Die Herrschaft des politischen Parteiwesens gehört der Vergangenheit, gehört jener bürgerlichen Entwicklungsperiode an, die im Weltkrieg für immer versank. Die kommunistische Gesellschaft kennt kein politisches Parteiwesen mehr. Nur eine politische Herrschaft hat noch Berechtigung, die Herrschaft der Arbeiterklasse, die im Wege der Sozialisierung, der organischen Zusammenfassung aller Werktätigen in den Betrieben, die Klassen aufhebt und damit dem alten Staat und seinem Parteiwesen das Fundament entzieht. Was konnte die alte Partei besseres tun, als der Zukunft das Feld bereiten, sich über den Rückschlag hinwegsetzen, den das politische Parteiwesen im besonderen durch den Fortgang der Revolution erlitt, als entthronen in die Linie einer entschiedenen proletarischen Klassenpolitik einzulenken? Noch einmal und zum letztenmale lag das Schicksal einer Welt in den Händen der alten Partei. Die furchtbaren Erschütterungen des Bürgerkrieges, die Schmach und die Verfallung von Versailles, der Flammenregen, womit in den kommenden Jahren der Vulkan der sozialen Revolution den Kontinent überschütten wird — all das konnte dem deutschen Proletariat, konnte dem deutschen Volke und den Nationen der europäischen Mitte erspart bleiben, wenn die alte Partei es über sich vermochte, gegenüber der Revolution, auf die sie sich verpflichtete, eine ehrliche Politik und ein ehrliches Spiel zu treiben.

Die alte Partei besaß weder diese Einsicht noch diese Selbstüberwindung. In vollem Maße mit verantwortlich für die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus, dessen Weltverbrechen sie vier erschöpfende Kriegsjahre hindurch finanziert hatte, an dem Tod und Siechrum der Millionen, die sie mit der Geißel der imperialistischen Vaterlandsverteidigung in Ruin und Verderben hegte, vor allen anderen schuldig, weil nur infolge ihrer Haltung der Weltbrand seine furchtbar verheerende Ausdehnung gewinnen konnte, sah sich die alte Partei in den Niederbruch des alten Regiments aufs engste verstrickt. In Revolution und Zusammenbruch schleuderte der ehrene Gang der Geschicke selbst eine vernichtende Anklage wider die alte Partei und ihre Kriegspolitik. Die neue Gewalt der Räte, die an die Stelle des staatlichen Apparates getreten war, zerstörte nicht allein die überragende und ausschlaggebende politische Stellung, die ihr

gerade in den letzten Kriegszeiten aus dem nahenden Zusammenbruch erwachsen war, sie bedrohte nicht allein ihren Einfluß in der Zukunft, sie machte mit dem politischen Parteiwesen den ganzen Parteiapparat überflüssig und warf ihn zum alten Gerümpel. Und ähnliches galt mit bezug auf die Gewerkschaften, die die alte Partei beherrschten und ihre Politik bestimmten. Was bedeutete die Gewerkschaft noch und was blieb von ihren alten Aufgaben übrig, wenn vermöge der Gewalt der Räte und unter ihrer ordnenden Leitung die Produktionsmittel in die Hände der Gesamtheit aller Werktätigen übergingen, wenn Streitigkeiten in den Betrieben und Wirtschaftsstätten vor dem revolutionären Rat nicht kraft Tarifvertrags, sondern kraft seiner revolutionären Macht entschieden wurden? Die Räte entwurzelten die zahlreichen und mächtige Bürokratie der alten Partei und der Gewerkschaften, deren materielle, politische und gesellschaftliche Stellung auf dem Organisationsapparat der Partei und der Gewerkschaften ruhte, und die in jahrzehntelangen Kämpfen gelernt hatten, diesen Organisationsapparat als Machtinstrument ebensowohl gegen die Arbeiterklasse selber wie gegen Bourgeoisie und Staatsgewalt zu handhaben, jene Bürokratie, die kraft der sogenannten demokratischen Gesamtverfassung in den Organisationen nicht minder regierten wie kraft der sogenannten demokratischen Gesamtverfassung die Bürokratie des öffentlichen Rechts regierte in Gemeinde und Staat. Zu welcher großen Aufgabe mußte sich dagegen diese Bürokratie nicht berufen wägen, welche Ausflüchte winkten nicht jedem ihrer Dienstbestellenden, wenn sie die Wiedererweckung und Wiederherstellung Deutschlands in die eigenen geschmeidigen Finger nahm! Ihre Gegnerschaft wider die Räte, ihr Haß wider die den Räten vorgeschriebene revolutionäre innere und äußere Politik entsprang dem politischen und wirtschaftlichen Existenztrieb einer Kaste, die durch Presse und Organisation die übergroße Mehrheit der sozialistisch denkenden Arbeiterchaft sowie große Teile bis dahin indifferenter Arbeiterschichten und des kleinen Bürgertums täuschte und hinter sich herzog, mochte nun der einzelne sich dieser Zusammenhänge bewußt sein und seine Haltung lediglich von materiellen Gründen bestimmen lassen, oder mochten, wie es bei den Mitgliedern der Organisation selbst der Fall war, alte Gewohnheiten und alte Anschauungen nach dem Gesetz der Trägheit weiterwirken. Von Gründen und Empfindungen wesentlich der gleichen Art wie die Bourgeoisie, die Bürokratie und die Militärischen geleitet, sah die Partei- und Gewerkschaftsbürokratie in diesen natürlichen Bundesgenossen. Wie sie am Vor-

abend der Revolution ihre ganze Kraft einsetzte, um den Ausbruch der Erhebung zu verhüten und zu durchkreuzen, so bestimmte der Gegensatz gegen die Räte und ihre Politik und damit gegen die Revolution selbst ihre Haltung.

Nach einem kurzen Siegeslauf von wenigen Tagen, der von der Wasserkante über das industrielle westliche und mittlere Deutschland nach Berlin führte, endete hier die Revolution mit der Einsetzung der Konterrevolution. Denn nichts anderes als die Ueberantwortung der Revolution an die Konterrevolution bedeutete es, wenn alle die Charlatane der Regierung des Prinzen Max von Baden, die charakterlosesten und skrupellosesten Handlanger des alten Regimes und der alten Partei sich mit den Vertretern der unabhängigen Sozialdemokratie zu einer Regierung zusammaten, um just die wichtigsten Zweige der staatlichen Verwaltung den Händen der Bourgeoisie zu überlassen. Und die Verantwortung hierfür lastet auf der unabhängigen sozialdemokratischen Partei nicht minder wie auf der alten Partei.

Beim Kriegsausbruch hatten die nachmaligen Wortführer der Unabhängigen, weil die Kritik der Waffen spreche, feierlich der Waffe der Kritik entsagt. Während sie zur Politik des 4. August schwiegen, erniedrigten sie sich zu ihren Handlangern. Sie bewilligten die Kriegskredite selbst dann noch, als der Eroberungscharakter des Krieges klar in die Erscheinung getreten war. Als sie sich zur Ablehnung der Kredite aufschwangen, hielten sie grundsätzlich am Boden der Kreditbewilligung, der imperialistischen Vaterlandsverteidigung fest. Ihr Hervortreten als parlamentarische Opposition blieb ein kleines parlamentarisches Spektakelstück. Sie vermieden es peinlich, den Rahmen des parlamentarischen Kampfes zu überschreiten und wider den imperialistischen Raubkrieg die Massen selber aufzurufen und ins Feld zu führen. Als das russische Proletariat sich offen wider den Krieg des Imperialismus erhob und auch in der deutschen Arbeiterchaft sich Stimmen regten, es den russischen Arbeitern gleich zu tun und mit der Propaganda des revolutionären Streiks in den Rüstungsbetrieben zu beginnen, war es die Aufgabe einer revolutionären Partei, die Masse um die Lösung der Revolution zu sammeln, ihr in diesem Kampfe das Banner voranzutragen. Aber nicht gewillt, die Verantwortung zu tragen für die Propaganda der revolutionären Massenaktion, lehnte die Arbeitsgemeinschaft von damals jede Gemeinschaft mit denen ab, die in der Propaganda des revolutionären Streiks die Aufgabe der Organisationen der Arbeiterklasse erblickten. Monatelang hatten die beiden Fraktionen der

alten Partei und der unabhängigen Arbeitsgemeinschaft im Parlament nebeneinander gehaust, ohne daß die Einheit der Organisation darüber verloren ging, wie ja in der Tat die Gegensätze innerhalb der Führerschaft, die Spaltung der Fraktion, keineswegs die Spaltung der Mitgliedschaft bedingten und die Gesamtheit der Mitglieder, die ganze Partei, die im Felde und die daheim, über die Trennung zu befinden hatte und niemand sonst. Da aber, als eine rasche Entwicklung des revolutionären Kampfes die Massen fester geeint und zusammengeschmiedet hätte denn je und den linksgerichteten Gruppen über die Köpfe der Organisationsbürokratie hinweg die Führung in die Hand spielen mußte, wenn die Einheit der Organisation erhalten blieb, in diesem Augenblick sprengte die unabhängige Sozialdemokratie die Einheit der deutschen Arbeiterorganisation. Weil sie freie Hand gegen links behalten und nicht von der parlamentarischen Führerschaft zur revolutionären Massenaktion abgedrängt werden wollte, weil die Trennung von der Linken ihr allen politischen Kredit nahm, wenn sie zugleich bei den Sozialpatrioten blieb, deshalb schied die unabhängige Sozialdemokratie zugleich aus der alten Partei aus, als sie ihre Schwenkung gegen links vollzog. Ausschließlich orientiert nach den Regeln der parlamentarischen Opposition, ihrer Politik und ihrer Organisationsform nach in der Vergangenheit wurzelnd, eine Partei der halben Mittel und des halben Kampfes, blieb die Unabhängige Sozialdemokratie auch in der Revolution an ihren Ursprung und ihr Wesen gekettet. So wenig wie sie die alte Partei grundsätzlich bekämpfen konnte, weil sie mit ihr grundsätzlich den Boden der reinen parlamentarischen Opposition teilte, um stets dort nein zu sagen, wo die alte Partei ja sagte, noch weniger konnte sie zur Revolution die rechte Stellung finden, weil sie trotz aller scheinrevolutionären Phrasologie ebenso konterrevolutionär ist wie die alte Partei.

Die Revolution forderte einen unwiderrüflichen Bruch mit der Vergangenheit, eine entschiedene und rückhaltlose Ausschaltung der Bourgeoisie aus der Regierung, eine klare und unzweideutige Politik im Sinne des Sozialismus und seiner Verwirklichung. Der alten Partei fällt es zur Last, in dieser entscheidenden Wendung die Arbeiterklasse der Arbeiterbürokratie geopfert und am Bunde mit der Bourgeoisie festgehalten zu haben. Der Unabhängigen Sozialdemokratie fällt es zur Last, eine Kombination geduldet und an ihr teilgenommen zu haben, die den Sieg des deutschen Proletariats und der Arbeiter der Hauptstadt damit krönte, daß sie ihre eingeschworenen Feinde an der Macht erhielt und

zu neuer Macht berief, eine Kombination, die grundsätzlich die Revolution verneinte und damit dem Bürgerkrieg und der Wiedererhebung der Bourgeoisie den Weg bereitete.

Der 9. November schuf jene Koalitionsregierung, die im ersten Frühlingswegen der Revolution herortrat wie Dornröschen aus dem Rosenhag, um auf die Regierungskoalition des alten Reichstages offen zurückzugreifen und die Konturrevolution offen auf den Schild zu erheben. Denn im geraden Gegensatz zu dem Ziel und dem Willen der Revolution schraubte der 9. November den Inhalt der Revolution zurück. Mit der Berufung Scheidemanns und der Zulassung der Bourgeoisie war erklärt, daß die Revolution auf einen bloßen Wechsel der Regierungs- und Verfassungsform beschränkt bleiben sollte, sowie daß die Antastung der eigentlichen Machtposition der Bourgeoisie, der privatwirtschaftlich-kapitalistischen Grundlagen der Gesellschaft, außerhalb ihres

Programms lag, da dies die einzigen Bedingungen waren, auf die hin die Bourgeoisie in Regierung und Staatsverwaltung verbleiben konnte, mochte man diese Bedingungen am 9. November ausdrücklich formuliert haben oder dieser Formulierung ausgewichen sein. Die Bildung der Koalitionsregierung sprach vor aller Welt offen aus, welche Wendung der 9. November der deutschen Revolution gegeben hatte unter der entscheidenden und ausschlaggebenden Verantwortung der alten Partei und der bestimmenden, nicht minder entscheidenden und ausschlaggebenden Mitwirkung der Unabhängigen Sozialdemokratie, die das Vertrauen der Massen im selben Augenblick täuschte, wo sich, auf die siegreichen Massen gestützt, die Fortführung der Revolution durch die Organe der Revolution sichern, wo sich die Ausschaltung der Bourgeoisie in vollem Umfange durchsetzen und gegen deren Hilfsbestimmene in der alten Partei erzwingen ließ.

Notizen.

Der Jahresbericht 1920/21 der Fichte-Gesellschaft e. V. Hamburg, liegt im Mitteilungsblatt Nr. 4 vor. Er beginnt mit der zweiten Fichte-Tagung in Hamburg und entrollt ein umfassendes Bild von der Tätigkeit dieser Kulturbewegung. Aus den einzelnen Arbeitsgebieten wird das Volksbildungswesen, die Arbeit des Bühnenteams, die Einrichtung des Jugendamtes, die Führerschule und das Presseamt besonders behandelt. Von der Gau- und Ortsgruppen-Arbeit wird in einem besonderen Abschnitt gesprochen. Die vielseitigen Einrichtungen dieser Gliederungen zeugen von dem Interesse, welches überall im Reiche den Gedanken der Fichte-Gesellschaft entgegengebracht wird. In unserem Schrifttum werden die Neuerungen der Fichte-Gesellschaft, die Schriftenreihen „Deutscher Geist“, „Deutscher Staat“ und „Deutsche Jugend“ erwähnt und deren Zweck erläutert. Aus einer Zusammenstellung der in den Zeitschriften der Gesellschaft „Dem deutschen Volkstum“, den „Jung-

deutschen Stimmen“ und dem „Neuen Bund“ erschienenen Aufsätze wird ersichtlich, wie weitverbreitet das Wirkungsgebiet der Fichte-Gesellschaft ist. Der Jahresbericht wird mit sonstigen Aufklärungsblättern an Mitglieder gegen 1 Mark von der Hauptgeschäftsstelle, Hamburg 36, Postfach 124, versandt.

Hamburger Niederblatt, „Nieder der Landeser“, herausgegeben vom Jugendamt der Fichte-Ges. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle. Diese Nieder umfassen einen so inneren Teil unseres Selbst, daß wir fest mit ihnen verbunden sind, daß wir nicht mehr ablassen können vom Wandern und der ewigen Sehnsucht nach Sonne und Freiheit. In allen Jugendbünden wird man gern nach diesem Buch greifen.

Eingelaufene Druckschriften:

Dr. Adolf Köster: Können wir im Herbst 1918 weiterkämpfen? Verlag für Politik u. Wirtschaft G. m. b. H., Berlin W 35.

An die Abonnenten des „Volkswart“!

Von nun ab erscheint der „Volkswart“ im Verlage: Hamburger Kulturverlag, Hamburg 30, Abendrothweg 171.

Wir bitten deshalb alle Bezieger, den Bezug unverzüglich zu erneuern und die Abonnementsgebühr von M. 6.— für das kommende Quartal direkt an den Verlag zu senden.

Die Verbindung mit dem bisherigen Verleger A. Heil ist aufgegeben worden, um den Abonnenten den regelmäßigen Bezug des Blattes zu gewährleisten.

Alle für die Redaktion des „Volkswart“ bestimmten Sendungen wolle man an die folgende Adresse richten: Dr. H. Laufenberg, Altrahlftebt bei Hamburg.

Redaktion und Verlag des „Volkswart“.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Heinr. Laufenberg, Altrahlftebt.
Verlag: Hamburger Kulturverlag, Hamburg 30.
Druck: Heinr. Koch, Glückstadt.

Hamburger Volkswart

Parteilose Halbmonatschrift für klassenlosen Aufbau und
revolutionäre Außenpolitik

Erster Jahrgang

Nr. 7 vom 15. November

1921

An die Leser des Volkswart!

Wir haben uns veranlaßt gesehen, den bisherigen Titel der Zeitschrift abzuändern und das Blatt von jetzt ab unter dem Titel

„Hamburger Volkswart“

erscheinen zu lassen.

In Köln am Rhein erscheint seit Jahren unter dem Namen „Volkswart“ ein Organ, das der Bekämpfung der Unzufriedenheit dient. Wir haben keinen Anlaß, dem Blatte Schwierigkeiten zu bereiten. Im übrigen ist es wünschenswert, daß beide Organe sich im Titel deutlich unterscheiden.

Schriftleitung und Verlag des „Hamburger Volkswart“

Dr. Heinrich Laufenberg.

Inhalt:

Der 6. November 1918.

Ein sozialdemokratischer Regierer.

Sturmvolk.

Anfrage an das Echo.

Kolonie Ungarn.

Landwirtschaft und Versailler Friede.

Alte Partei und Räte.

Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Erscheint am 15. und letzten eines jeden Monats.

Bezugspreis: Vierteljährlich Mk. 6.—. Bei betriebsweissem
Bezug ab 5 Exemplaren Mark 5.— pro Exemplar vierteljährlich.

Preis dieser Nummer: Mk. 1.—.